



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 06.08.2013

Niederschrift

über die **45. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem **18.07.2013**, 14:10 Uhr bis 20:37 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kara, Efkam; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christtraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Manderla, Gisela; Marx, Werner; Möller, Monika; Möller von, Sandra Dr.; Möring, Karsten; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nessler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schöppe, Bernd; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Tempel, Lutz; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Weisenstein, Michael; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeisterin

Wittsack-Junge, Cornelia

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Homann, Mike; Thiele, Markus

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenographen

Herr Becker
Frau Kresse

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Bosbach, Wolfgang; Ludwig, Claus

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga

Bezirksbürgermeister

Wirges, Josef; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

- I. Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Lino Hammer, der die Nachfolge von Frau Gaby Schlitt als neues Ratsmitglied angetreten hat. Er verpflichtet ihn gemäß § 5 der Hauptsatzung.

- II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Bacher, Herrn Ensmann und Herrn Görzel vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Der Oberbürgermeister weist drauf hin, dass die CDU-Fraktion am 10.07.2013 fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Ehemalige KHD-Kantine – wie geht es weiter?“ eingereicht habe. Die Angelegenheit wurde als Punkt 1.1 in die Tagesordnung aufgenommen.
- IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen

- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Nutzung von Geodaten durch die Stadtverwaltung"
AN/0964/2013
- 4.4 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Künftige Folgekosten Archäologische Zone/Jüdisches Museum"
AN/0967/2013
10. Allgemeine Vorlagen
- 10.30 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Geschwister-Scholl-Realschule
Gravenreuthstr.10, 50823 Köln
Baubeschluss
0050/2013
- 10.31 GT-Erweiterung Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765
Köln-Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
0751/2013
- 10.32 Eifelwall, Neubau Hist. Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit
Rheinischem Bildarchiv
2260/2013
- 17 Wahlen
- 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neuwahl eines
Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
AN/0954/2013
- 17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neubenennung eines stellvertretenden Vorsitzenden im Wirtschaftsausschuss
AN/0966/2013

- 17.6 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für die Ausschüsse des Rates
2364/2013
- 17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/0941/2013
- 17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Sachkundigen Einwohner im Jugendhilfeausschuss
AN/0976/2013
- 17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/0973/2013

Absetzungen

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
- 6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW
1609/2013
- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.3 Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB)
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1407/2013
- 10.27 Erweiterungsbau mit Kammermusiksaal für das Humboldtgynasium Kartäuserwall 40 in 50678 Köln-Altstadt/Süd
Baubeschluss
1426/2013

V. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die folgenden Punkte wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam unter Punkt 3.1.2 zu behandeln:

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Ratsmitglieder Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Moratorium für das Projekt "Jüdisches Museum" auf dem Rathausvorplatz"
AN/0861/2013

und

10.23 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum
2078/2013

sowie folgende Punkte gemeinsam unter Punkt 3.1.3 zu erörtern:

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld"
AN/0863/2013

und

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern"
AN/0856/2013

sowie

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt"
AN/0729/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0979/2013

Der Oberbürgermeister erklärt, dass abweichend von der Geschäftsordnung eine Redezeit von 10 Minuten zur Verfügung gestellt werde.

Der Rat stimmt den Vorschlägen des Oberbürgermeisters einvernehmlich zu.

VI. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Reihenfolge hinsichtlich des neuen Punktes

10.32 Eifelwall, Neubau Hist. Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv
2260/2013

zu ändern und diesen als Punkt 10.0 zu behandeln.

Ratsmitglied Breite macht wegen dieser Angelegenheit Fristeneinrede geltend. Stadtkämmerin Frau Klug erklärt unter Bezug auf Anlage 0 der Vorlage, die eine Begründung der Dringlichkeit enthält, dass eine Vertagung steigende Kosten nach sich ziehen würde.

Der Rat lehnt anschließend die Vertagung mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. ab.

VII. Ratsmitglied Granitzka beantragt, soweit dies möglich ist, die Debatte über Punkt

24.5 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne Stadtgesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH
2021/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0983/2013

Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0980/2013

im öffentlichen Teil der Sitzung zu führen und anschließend im nichtöffentlichen Teil ggf. die Aussprache über die vertraulichen Angelegenheiten fortzusetzen und dort zu beschließen.

Die Angelegenheit wird als neuer Punkt 10.33 in die Tagesordnung aufgenommen.

VIII. Ratsmitglied Sterck beantragt, Punkt

24.3 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung
1704/2013

zu vertagen. Ggf. könnten Gespräche geführt werden, damit auf eine Klage verzichtet werden kann.

Ratsmitglied Börschel schlägt vor, die Sache auf der Tagesordnung zu lassen und bei Aufruf des Punktes darüber zu entscheiden, ob die Angelegenheit zurückgestellt werden soll.

IX. Den Antrag von Ratsmitglied Wiener die Punkte

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Ehemalige KHD-Kantine - wie geht es weiter?"
AN/0951/2013

und

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit OB Roters - Linksextremismus konsequent bekämpfen!"
AN/0923/2013

wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam zu behandeln, lehnt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

- X. Im Anschluss legt der Rat die Tagesordnung einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Ehemalige KHD-Kantine - wie geht es weiter?"
AN/0951/2013
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
 - 2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln
1541/2013
 - 2.2 Annahme der Schenkung einer Steinskulptur "Heiliger Johannes" Frankreich 14. Jahrhundert durch die Erben Dr. Konrad Adenauers (1906 - 1993) für das Museum Schnütgen
2119/2013
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
 - 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Filmhaus Köln – Ausschreibung der neuen Trägerschaft"
AN/0933/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0977/2013
 - 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Ratsmitglieder Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Moratorium für das Projekt "Jüdisches Museum" auf dem Rathausvorplatz"
AN/0861/2013
 - 3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld"
AN/0863/2013

- 3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Freie Kulturszene Köln – Erhalt des Gesamtkunstwerkes Kolbhalle"
AN/0893/2013
- 3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern"
AN/0856/2013
- 3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt"
AN/0729/2013
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0979/2013
- 3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Moratorium Godorfer Hafen"
AN/0925/2013
- 3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit OB Roters - Linksextrémismus konsequent bekämpfen!"
AN/0923/2013
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Live Streaming der Ratssitzungen"
AN/0758/2013
- Antwort der Verwaltung vom 17.07.2013
2492/2013
- 4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Flugverbot statt Wohnungsnot"
AN/0932/2013
- 4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Nutzung von Geodaten durch die Stadtverwaltung"
AN/0964/2013
- Antwort der Verwaltung vom 17.07.2013
2502/2013

- 4.4 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Künftige Folgekosten Archäologische Zone/Jüdisches Museum"
AN/0967/2013

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 6 Ortsrecht
 - 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW
1609/2013
(zurückgezogen)

 - 6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln
1854/2013

 - 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Änderung der Geschäftsordnung über die Abgabe kostenloser bzw. ermäßigter Eintrittskarten bei den Bühnen der Stadt Köln
1835/2013

 - 6.2.2 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1957/2013

- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 6.3.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif -
1389/2013
 - 6.3.2 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen
1592/2013
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
 - 8.1 Überplanmäßiger Aufwand für Bewachung im Bereich der Flüchtlingswohnheime
Hj. 2013/2014
1223/2013
 - 8.2 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Produktbereich 05, Soziale Hilfen, im Haushaltsjahr 2012
2198/2013
- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen
- 10 Allgemeine Vorlagen
 - 10.1 Ergänzender Planungsbeschluss für die Baumaßnahme des Ganztagsbereichs der Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Str. 50, 50935 Köln wegen Kostensteigerung
3235/2012
 - 10.2 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus Vondelstr. 4-8, 50677 Köln hier: Honorarkosten für rechtliche Beratung bei Prüfung und Abwicklung strittiger Baukostenforderungen
1058/2013
 - 10.3 Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB)
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1407/2013
(zurückgezogen)

- 10.4 Namensgebung Verknüpfungshaltestelle am Heumarkt; Heumarkt bzw. Kapitel
1444/2013
- 10.5 Übertragung von Haushaltsermächtigungen ins nächste Haushaltsjahr
hier: Grundsatzregelung gem. § 22 Abs. 1 GemHVO NRW
1766/2013
- 10.6 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2013
1799/2013
- 10.7 Vergabe des Etats "Feuerwehrtopf Förderkonzepte", Haushaltsjahre
2013/2014
1851/2013
- 10.8 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24
Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanz-
stelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hst.
Gutenbergstraße
4604/2012
- 10.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13
1471/2013
- 10.10 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013/14
1470/2013
- 10.11 Betrauung der SBK nach dem Almunia Paket
2097/2013
- 10.12 Resolution zur Abgeltung der Folgewirkungen von Aufbrüchen im Straßenland
(Erschwernisentgelt)
2041/2013
- 10.13 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
1916/2013
- 10.14 Sanierung Orchesterprobenzentrum Stolberger Straße
hier: Vorlage der reduzierten Entwurfsplanung
1634/2013
- 10.15 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der
Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014.
Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer
jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.
2050/2013
- 10.16 Förderschule Lernen im Stadtbezirk Nippes
Auflösung der FLE Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln - Nippes, bei gleichzeitiger Ein-

richtung eines Teilstandortes der FLE Leyendecker Str. , 50825 Köln-
Ehrenfeld , im Gebäude Kretzerstr. zum 31.07.2014
1554/2013

- 10.17 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes
am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15
1555/2013
- 10.18 Förderschulen Lernen im Stadtbezirk Mülheim, Auflösung der FLE Holweider
Str. (André-Thomkins-Schule)
1570/2013
- 10.19 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013
- 10.20 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in 2014
und 2015
1760/2013
- 10.21 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags
3799/2012
- 10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr
2011 - Beteiligungsbericht 2011 -
2245/2013
- 10.23 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der
Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Muse-
um
2078/2013
- 10.24 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-
Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
2967/2012/1
- 10.25 Neubau Hilde-Domin-Schule, Schule für Kranke, Florentine-Eichler-Str.,
51067 Köln-Holweide
3563/2012
- 10.26 GTS Erweiterung Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln
Baubeschluss
0642/2013
- 10.27 Erweiterungsbau mit Kammermusiksaal für das Humboldtgynasium Kartäu-
serwall 40 in 50678 Köln-Altstadt/Süd
Baubeschluss
1426/2013
(zurückgezogen)

- 10.28 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Johann-Bendel-Realschule, Danzierstr. 146 a, 51063 Köln- Mülheim
Weiterplanungsbeschluss
1569/2013
- 10.29 Beendigung der Beteiligung von moderne stadt an den Krankenhausgesellschaften
2342/2013
- 10.30 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Geschwister-Scholl-Realschule Gravenreuthstr.10, 50823 Köln
Baubeschluss
0050/2013
- 10.31 GT-Erweiterung Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
0751/2013
- 10.32 Eifelwall, Neubau Hist. Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv
2260/2013
- 10.33 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH
2021/2013
hier: Öffentliche Ausssprache
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0983/2013
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0980/2013
(zugesetzt)
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 11.1 173. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven
hier: Feststellungsbeschluss
2015/2013
- 11.2 188. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt
Arbeitstitel: "Rheinparkhallen/Staatenhaus" in Köln-Deutz
hier: Feststellungsbeschluss
2016/2013

- 11.3 185. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt
Arbeitstitel: "Messe City" in Köln-Deutz
hier: Feststellungsbeschluss
2013/2013

- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
 - 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02
Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz
1204/2013
 - 12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04
Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf
1349/2013
 - 12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05
Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf
1456/2013
 - 12.4 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof
1806/2013
 - 12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7048/02
Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße in Köln-Mülheim
2226/2013

- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
 - 13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes A Nummer 75439/02 (Teilaufhebung) - Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Am Ziegelfeld in Köln-Rath/Heumar
1960/2013

- 14 Erlass von Veränderungssperren

- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen
- 16.1 232. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1445/2013
- 16.2 233. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1894/2013
- 17 Wahlen
- 17.1 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat
1648/2013
- 17.2 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
1793/2013
- 17.3 Nachbesetzungen im Unterausschuss Ganztage
1825/2013
- 17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neuwahl eines Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
AN/0954/2013
- 17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neubenennung eines stellvertretenden Vorsitzenden im Wirtschaftsausschuss
AN/0966/2013
- 17.6 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für die Ausschüsse des Rates
2364/2013
- 17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/0941/2013
- 17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Sachkundigen Einwohner im Jugendhilfeausschuss
AN/0976/2013

- 17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss
AN/0973/2013
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 18.1 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel an alle städtischen Schulen für das Schuljahr 2013/2014 mit einseitiger städtischer Wahrnehmungsoption für die drei Folgeschuljahre
2175/2013

19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Rückübertragung des Grundstücks Ostlandstr. 39 in Köln-Weiden, Gemarkung Lövenich, Flur 19, Flurstück 1936, Größe 1.141 m², aus dem Sondervermögen der Gebäudewirtschaft in das Allgemeine Liegenschaftsvermögen
1709/2013
- 23.2 Ankauf eines Grundstücks im Bereich Zündorf-Süd; Eigentümer: Erbengemeinschaft von Geyr zu Schweppenburg/Korf
1853/2013
- 23.3 Städtisches Grundstück Stammstraße / Ecke Wahlenstraße in Köln-Ehrenfeld
1972/2013
- 23.4 Städt. Grundstück Sebastianstraße 44 in Köln-Niehl
2074/2013
- 23.5 Grundstücksankauf Bonner Straße 217 in Köln-Bayenthal
2084/2013

- 23.6 Gelände Sülzgürtel 47 (ehem. Kinderheim); Verkauf der Baufelder 1, 2 und Kirche
1465/2013
- 23.7 Städtische Grundstücke Heinrich-Eberts-Straße in Köln-Meschenich
1992/2013
- 23.8 Bestellung eines Erbbaurechtes bzw. Verkauf einer städtischen Fläche in der Theodor-Heuss-Str. in Köln-Porz-Finkenbergr
1934/2013
- 23.9 Grundstücksverkauf Lützerathstraße, Objekt "Am Lusthaus"
2286/2013
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 31 Objekten (Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 9-
1989/2013
- 24.2 Vergleichsvorschlag der kommunalen Spitzenverbände zur Frage der Entschädigungszahlungen im Falle des sog. Löschfahrzeugkartells der Jahre 2001 bis 2009
2009/2013
- 24.3 Sanierung der Colonia-Deponie, Anwaltsbeauftragung
1704/2013
- 24.4 Neubau für eine Ganztageserweiterung der Max-Planck-Realschule, Planckstr. 14, 51145 Porz
1664/2012/1
- 24.5 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne Stadtgesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH
2021/2013
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0983/2013
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0980/2013
- 24.6 RheinEnergie AG
2120/2013
- 24.7 RheinEnergie AG
2184/2013

- 24.8 RheinEnergie AG
2284/2013
- 24.9 Einleitung von Vergabeverfahren zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Kopierer / Multifunktionsgeräte in Schulen und für städtische Dienststellen im Zeitraum 01.07.2014 bis 30.06.2019
1954/2013
- 25 Wahlen
- 25.1 Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen, Wahlperiode 01.01.2014 bis 31.12.2018
1686/2013
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Ehemalige KHD-Kantine - wie geht es weiter?" AN/0951/2013

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Judith Wolter trifft zu Beginn der Beratung dieses Punktes zur Sitzung ein.

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldspende der Lufthansa AG an das Gürzenich-Orchester Köln 1541/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Spende der Lufthansa AG in Höhe von 50.000 EUR an das Gürzenich-Orchester für das Jahr 2013 mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Annahme der Schenkung einer Steinskulptur "Heiliger Johannes" Frankreich 14. Jahrhundert durch die Erben Dr. Konrad Adenauers (1906 - 1993) für das Museum Schnütgen 2119/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung einer Steinskulptur „Heiliger Johannes“ Frankreich 14. Jahrhundert durch die Erben Dr. Konrad Adenauers (1906 – 1993) an das Museum Schnütgen mit Dank an.

Die Schenkung erfolgt in Erinnerung an

- a) Oberbürgermeister und Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967)
- b) Bergwerksdirektor Dr. Konrad Adenauer (1906-1993), Mitglied von PRO ARTE MEDII AEVI,
- c) Oberstadtdirektor Dr. Max Adenauer (1910-2004), Mitbegründer von PRO ARTE MEDII AEVI
- d) Konsul Dr. Paul-Ernst Bauwens (1909-2000), langjähriger Vorsitzender von PRO ARTE MEDII AEVI
- e) Frau Irma Dienelt-Adenauer, geb. Dienelt, Witwe von Dr. Konrad Adenauer (1906-1993), Kuratorin
- f) Dipl.Ing. Paul Bauwens-Adenauer, Präsident der Industrie- und Handelskammer Köln, Kurator
- g) Konrad Adenauer, Notar, Vorsitzender von PRO ARTE MEDII AEVI seit 1993, Kurator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Filmhaus Köln – Ausschreibung der neuen Trägerschaft" AN/0933/2013**
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0977/2013**

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Beschluss wird im vierten Spiegelstrich nach dem zweiten Satz wie folgt ergänzt:

- Umgekehrt haftet die Stadt nicht für wirtschaftliche Schwierigkeiten des Päch-

ters. Sie übernimmt daher keine Verluste und Verbindlichkeiten des Pächters gegenüber Dritten. Die Stadt wird auch nicht auf eigene Forderungen gegenüber dem Pächter verzichten bzw. derselben stunden oder erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die städtische Immobilie „Kölner Filmhaus“, Maybachstraße 111, für den Betrieb eines Filmhauses öffentlich auszuschreiben. Diese Ausschreibung soll auf folgenden Maßgaben beruhen, die Bewerber im vorzulegenden Betriebs- und Wirtschaftskonzept darlegen sollen:

- Das Haus wird als Ort der Filmkunst betrieben. Dies umfasst ein entsprechendes Filmprogramm im Rahmen eines Kinobetriebs sowie ein film- und medienaffines begleitendes Veranstaltungsangebot. Die Vermietung von Räumlichkeiten im Filmhaus soll unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der erfolgten Städtebauförderung an Institutionen aus dem Bereich der Filmkultur und Filmbildung erfolgen. Eine Affinität zum inhaltlichen Konzept des Filmhaus-Betriebs wird vorausgesetzt.
- Der Betreiber kann mit weiteren Partnern kooperieren. Eine solche Kooperation ist konkret darzustellen.
- Das Haus soll im Erbbaurecht an einen Betreiber vergeben werden.
- Erträge aus Vermietung und Gastronomiepacht stehen dem Betreiber zu. Bei der Festlegung des Erbpachtzinses ist zu berücksichtigen, dass die Einrichtung „Filmhaus“ einen kulturpolitisch förderungswürdigen Zweck darstellt.
- Der Betreiber hat eine belastbare konzeptionelle und wirtschaftliche Planung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Ratsmitglieder Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Moratorium für das Projekt "Jüdisches Museum" auf dem Rathausvorplatz"
AN/0861/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Projekt "Archäologische Zone/Jüdisches Museum" ein Moratorium für den Hochbaubereich auf dem Rathausvorplatz. Während des Moratoriums sind die bisherigen Planungen und baulichen Maßnahmen für den Neubau eines Jüdischen Museums auszusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, während des Aufschubs das Ausstellungskonzept für das Gesamtprojekt inhaltlich zu entwickeln, eine passende bauliche Gestaltung für das Gebäude und die Umgebung (inklusive Alternativen s. Begründung) zu erarbeiten und eine schlüssige Finanzierung vor dem Hintergrund der Krise der öffentlichen Finanzen darzustellen. Daran muss sich für die verschiedenen Alternativen ein Bürgerbeteiligungsverfahren anschließen, das eine hinreichende Legitimation in der Stadtgesellschaft für die zukünftige Gestaltung des Projekts gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln und gegen die Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

10.23 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum
2078/2013

behandelt.

- Ratsmitglied Wiener verlässt die Ratssitzung nach diesem Punkt endgültig.

**3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld"
AN/0863/2013**

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Als Beitrag zur Reduzierung der Wohnungsknappheit und zur Unterbringung neuer Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Köln bekennt sich der Rat der Stadt Köln zur Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld. Alle Beschlüsse, die zum Inhalt hatten, die Planungen auszusetzen bzw. gänzlich zu stoppen, werden aufgehoben.

Ziel ist, einen Stadtteil zu schaffen, der

- zwischen Köln und Düsseldorf gelegen, ein attraktives Angebot insbesondere für Pendler zwischen diesen beiden Metropolen bildet,
- einen Beitrag zur Stabilisierung der Einwohnerstruktur und Fortentwicklung des Stadtbezirks Chorweiler leistet und
- die vorhandene Infrastruktur der S-Bahn- und Autobahnanbindung nutzt.

Die Verwaltung wird aufgefordert,

- das Wettbewerbsergebnis aus dem Jahre 1993 und den Bebauungsplanentwurf von 2005 dahingehend zu evaluieren, um Erfahrungen anderer Stadtteilentwicklungen im Stadtbezirk Chorweiler, in Köln und andernorts in die neuerliche Planung einfließen zu lassen. Diese sollen bei der Fortsetzung der Planung und deren Realisierung berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck soll noch in 2013 ein geeignetes, transparentes Verfahren (Symposium, Workshop o.ä.) durchgeführt werden, in dem die damaligen Planungen vorgestellt und mit neuerlichen Erkenntnissen abgeglichen werden sollen.
- bis Ostern 2014 eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans und einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan in die Gremien einzubringen.
- die Erfahrungen bei der Realisierung der Stadtteilerweiterung Widdersdorf-Süd bezüglich der Vergabe, der Vermarktung und Erschließung an einen privaten Dritten zu bewerten und daraus einen Vorschlag zum Umgang mit diesem Modell im Falle Kreuzfelds zu erarbeiten.

Die nötigen Haushaltsmittel für die Planungen und die fremd zu vergebenden Planungsleistungen sind bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. **abgelehnt**.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern"
AN/0856/2013

und

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt"
AN/0729/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
AN/0979/2013

behandelt.

- Bürgermeisterin Elf Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Freie Kulturszene Köln – Erhalt des Gesamtkunstwerkes Kolbhalle"
AN/0893/2013

Beschluss:

Der Rat möge beschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Kunstbeirat zu beten, dass dieser sich in einer Stellungnahme zu den Kunst- und Kulturprojekten in der Kolbhalle äußert. Die Stellungnahme soll insbesondere folgende Aspekte berücksichtigen:

1. Die Affinität des Standortes zum Gesamtkunstwerk
2. Die Bedeutung des Freiraum Kolbhalle für die dezentrale Kulturpolitik der Stadt Köln
3. Die Bedeutung des Kunstprojektes für den Stadtteil Ehrenfeld und die dort ansässige sogenannte freie Szene und deren Komplimentäraspekte

Der Rat regt an, dass die neue Kulturdezernentin sich dieses Thema mit höchster Priorität wohlwollend annimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern"
AN/0856/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt den Antrag, der da lautet:

- I. Die Verwaltung möge die bisherigen Erfahrungen mit dem Instrument der sozialen Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 BauGB darstellen.
 - (a) Es sollen die Wirkungen der 1996 für die Stegerwaldsiedlung erlassenen Milieuschutzsatzung dargestellt und mit den ihren Zielsetzungen verglichen werden.
 - (b) Es sollen die Gründe dargelegt werden, aus denen es bislang nicht zum Erlass einer Milieuschutzsatzung für Buchforst gekommen ist. Eine Prüfung wurde durch den Rat am 05.05.2009 beschlossen.

- II. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Erlass sozialer Erhaltungssatzungen (Milieuschutzsatzung) nach § 172 BauGB zu erstellen.
 - (a) Es soll dargestellt werden, welche Daten für die Entscheidung über den Erlass einer Milieuschutzsatzung und ihre Ausgestaltung notwendig sind, welche dieser Daten der Verwaltung bereits vorliegen, wie die fehlenden Daten erhoben und ausgewertet werden können und wie hoch der dazu notwendige personelle und finanzielle Aufwand ist.
 - (b) Es soll dargestellt werden, welche Instrumente zur Durchsetzung des Milieuschutzes möglich und sinnvoll sind (Genehmigungsvorbehalt, Wahrnehmung des kommunalen Vorkaufsrechtes, Verzichtserklärung des Investors) und wie hoch der personelle und finanzielle Aufwand ist, um diese Instrumente wirksam einzusetzen.
 - (c) Die Darstellung des insgesamt notwendigen personellen und finanziellen Aufwands soll beispielhaft an mehreren Wohngebieten dargestellt werden, in denen ein hoher Verdrängungsdruck zu beobachten ist, zum Beispiel:
 - Rathenauplatz und Umgebung
 - Umgebung der Agneskirche und auf diese zulaufende Straßen
 - Gebiet zwischen Krefelder Straße und Neusser Straße
 - Im Sionstal/Annostraße und die kreuzenden Straßen
 - (d) Die Verwaltung möge den Ablauf und zeitlichen Rahmen von der Bestimmung eines „Verdachtsgebietes“ über die lokale Datenerhebung und –auswertung bis hin zum Erlass einer Milieuschutzsatzung und deren Durchsetzung darlegen.

zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse, das heißt, den Stadtentwicklungsausschuss und den Sozialausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld"
AN/0863/2013

und

3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt"
AN/0729/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0979/2013

behandelt.

**3.1.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Flächen für Wohnungsbau bereitstellen - jetzt"
AN/0729/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0979/2013**

Beschlüsse:

I. Abstimmung über Ziffer 5 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

5. durch Ausschöpfen der Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung (z.B. Genehmigung nach § 34 BauGB statt Bauleitplanverfahren) sowie die projektweise Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner für potentielle Investoren die Genehmigungs- und Planungsverfahren für den Wohnungsbau zu beschleunigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

II. Gesamtabstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung,

1. unverzüglich Flächen für den Wohnungsbau weiterzuentwickeln und baureif zu machen. Hierbei ist die Innenentwicklung der Außenentwicklung vorzuziehen. Die Flächenentwicklung ist in Abstimmung zwischen den Dezernaten Stadtplanung (VI), Liegenschaften (III) und Kämmerei (II) durchzuführen.
Die Verdichtung soll erfolgen durch:
 - die Entwicklung mindergenutzter Flächen (z. B. oberirdische Parkplatzflächen in Tiefgaragenplätze umwandeln),
 - die aktive Schließung von Baulücken,
 - Nachverdichtung in bestehenden Siedlungseinheiten (durch aktive Beratung von z.B. Genossenschaften),
 - durch Aufstockung und Erweiterungsmöglichkeiten im Innenhofbereich, Aufstockung oder Aufbau von Dachgeschossen,
 - flächensparende Bauweise im Einfamilienhausbau (z.B. „gestapeltes Haus“),
 - die Kombination von Gewerbe- und Wohnnutzung in Mischgebieten (z. B. Lärmschutzriegel durch Gewerbenutzungen und dahinter liegender Wohnnutzung z. B. Studentenwohnungen in Kalk zwischen Odysseum und Parkplatz Polizeipräsidium),
 - Umnutzung nicht mehr nutzbarer Büroflächen in Wohnraum,
 - die Arrondierung von Ortsrändern.
2. zu prüfen, welche Flächen im Regionalplan als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesen werden, in der kommunalen Bauleitplanung jedoch noch nicht als Wohnbauflächen entwickelt worden sind. Entsprechende Potentiale sind ebenfalls der Wohnbebauung zuzuführen.
3. den besonderen Bedarf der in Köln Studierenden zu erheben und einen Vorschlag für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studenten in enger Kooperation mit dem Studentenwerk zu erarbeiten. Verstärkte Förderung der flächensparenden Form von Wohngemeinschaften .
4. mit dem Umland insbesondere die Entwicklung interkommunaler Gewerbe- und Industriegebiete voranzubringen, da nicht alle gewünschten Nutzungen auf Kölner Stadtgebiet erfolgen können.
5. durch Ausschöpfen der Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung (z.B. Genehmigung nach § 34 BauGB statt Bauleitplanverfahren) sowie die projektweise Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner für potentielle Investoren die Genehmigungs- und Planungsverfahren für den Wohnungsbau zu beschleunigen.

6. Um die Eignung von Flächen festzustellen, soll die Verwaltung folgende Kriterien berücksichtigen:

- ÖPNV Erschließung
- Dichte der Umgebungsbebauung
- soziale Infrastruktur
- Nahversorgung und
- Grünversorgung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkungen:

Ratsmitglied Detjen beantragte zu Punkt 5 Einzelabstimmung.

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Schaffung von Wohnraum für bis zu 5.000 Kölnerinnen und Kölner - Realisierung des Stadtteils Kreuzfeld"
AN/0863/2013

und

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Milieuschutzsatzung als Instrument gegen Luxussanierungen und die Verdrängung von Mietern"
AN/0856/2013

behandelt.

3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Moratorium Godorfer Hafen" AN/0925/2013

Beschluss in der Fassung der Empfehlung der Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) aus ihrer Sitzung am 15.07.2013:

Durch die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses und die kürzliche Einleitung des Bauleitplanverfahrens ist auch eine neue Wirtschaftlichkeitsberechnung erforderlich geworden. Bis diese vorliegt, müssen alle Entscheidungen über den Ausbau des Godorfer Hafens zurückgestellt werden.

Im Rahmen des neuen Entscheidungsfindungsprozesses sind auch veränderte aktuelle Prognosen zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung und ihre Auswirkungen auf den Binnenwasser- und Containerverkehr zu berücksichtigen. Zudem ist einzugehen auf die Zusammenhänge von Hafen-, Schienen- und Straßenlogistikverkehr einschließlich der regionalen Aspekte in dem Bereich.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) **abgelehnt**.

Anmerkungen:

- Die Fraktion Die Linke. nimmt an der Abstimmung nicht teil.
- Ratsmitglied Tempel nimmt an der Beratung und der Abstimmung nicht teil.

3.1.8 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Solidarität mit OB Roters - Linksextremismus konsequent bekämpfen!" AN/0923/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat erklärt sich angesichts linksextremer Einschüchterungsversuche und sogar Attacken auf das private Wohnumfeld des Oberbürgermeisters zu 100 % solidarisch mit OB Roters. Der Rat verurteilt darüber hinaus in aller Schärfe das aggressive Gebaren der linksextremen Hausbesetzerszene und ihrer Unterstützer in Köln-Kalk. Der Rat bittet auch Polizei und Ordnungsbehörden, für einen effektiven Schutz aller Ratsmitglieder und Repräsentanten der Stadt vor militanten Linksextremisten zu sorgen und eine schnellstmögliche Räumung der illegal besetzten ehemaligen KHD-Werkskantine in der Wiersbergstraße durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Live Streaming der Ratssitzungen"
AN/0758/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes sagt Ratsmitglied Zimmermann eine schriftliche Beantwortung seiner Nachfragen zu.

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Flugverbot statt Wohnungsnot"
AN/0932/2013**

Diese Angelegenheit wird bis zur folgenden Ratssitzung - am 01.10.2013 – zurückgestellt.

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Nutzung von Geodaten durch die Stadtverwaltung"
AN/0964/2013**

Hierzu legt die Verwaltung eine Sachstandsinformation vor. Wegen der umfangreichen Recherchen innerhalb der Verwaltung wird die Beantwortung bis zur folgenden Ratssitzung - am 01.10.2013 - zurückgestellt.

**4.4 Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Künftige Folgekosten Archäologische Zone/Jüdisches Museum"
AN/0967/2013**

Diese Angelegenheit wird bis zur folgenden Ratssitzung - am 01.10.2013 – zurückgestellt.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR: Aufhebung der drei Fristensatzungen für Dichtheitsprüfungen nach § 61 a Landeswassergesetz NRW 1609/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 3).

6.1.2 Änderung der Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln 1854/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Betriebssatzung für die Bühnen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Änderung der Geschäftsordnung über die Abgabe kostenloser bzw. ermäßigter Eintrittskarten bei den Bühnen der Stadt Köln 1835/2013

Beschluss gemäß Empfehlung des Betriebsausschusses Bühnen aus seiner Sitzung am 01.07.2013:

Der Rat beschließt die Geschäftsordnung über die Abgabe kostenloser bzw. ermäßigter Eintrittskarten bei den Bühnen der Stadt Köln in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) und mit der Maßgabe,

- § 1 c) bb) um den Passus "**die Betriebsleitung des Gürzenich-Orchesters**
und
- § 1 c) dd) um den Passus "**ein/e Mitarbeiter/-in des Kulturdezernates der Stadt Köln
und ein/e Mitarbeiter/-in des Kulturamtes der Stadt Köln**

zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2.2 Änderung der Satzungen über die Erhebungen von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 1957/2013

Beschluss:

1. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 28.12.1999 bis 26.03.2008 die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Entgelten und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.12.1990 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
2. Der Rat beschließt rückwirkend für den Zeitraum vom 16.06.2011 bis zum Inkrafttreten der Feuerwehrsatzung gemäß Ziffer 3 und der Feuerwehrgebührensatzung gemäß Ziffer 4 die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) vom 12.03.2008 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.
3. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 3 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrsatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.
4. Der Rat beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 4 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Feuerwehrgebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 1389/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für die in der Stadt Köln zugelassenen Taxen gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Kirchmeyer nimmt an der Abstimmung nicht teil.

6.3.2 2. Änderungsverordnung zur 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung für 2013 vom 20.09.2012 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen 1592/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 LÖG NRW den Erlass der als Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtteil Agnesviertel.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Aufwand für Bewachung im Bereich der Flüchtlingswohnheime Hj. 2013/2014 1223/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln im Teilergebnisplan 1004 -Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum-, TPZ 13 –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen-, für die zusätzliche Beauftragung des Bewachungsunternehmens in den Flüchtlingswohnheimen für das Haushaltsjahr 2013 i.H.v. 196.826 € und im Haushaltsjahr 2014 i.H.v. 236.200 €.

Die Deckung im Jahr 2013 i.H.v. 196.826 € erfolgt durch entsprechende Mehrerträge aus der Integrationspauschale gem. des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW im TP 1004 –Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, TPZ 06 -Kostenerstattungen und Umlagen.

Die Deckung des Mehrbedarfs im Jahr 2014 i.H.v. 236.200 € erfolgt ebenfalls aus den Mehrerträgen der Integrationspauschale in Höhe von 200.000 € im TP 1004 –Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, TPZ 06 -Kostenerstattungen und Umlagen-, sowie durch Wenigeraufwendungen im TP 1003 –Wohnraumförderung, Wohnraumerhaltung-, TPZ 13 –Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- i.H.v. 36.200 €.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

8.2 Überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen im Produktbereich 05, Soziale Hilfen, im Haushaltsjahr 2012 2198/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt zur Finanzierung von unabweisbaren Mehrbedarfen im Haushaltsjahr 2012 folgende überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen

Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII –	
Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen -	in Höhe von 4.329.875,91 €
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 7.984.505,46 €
Teilplanzeile 16 – sonstige ordentl. Aufwendungen -	in Höhe von 450.696,83 €
Teilplan 0503 – Weitere soziale Pflichtleistungen	
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 4.972.837,07 €

Summe der Mehraufwendungen **17.737.915,27 €**

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge

in Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII - ,	
Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen -	in Höhe von 3.137.429,76 €
in Teilplan 0502 – Kommunale Leistungen nach dem SGB II -	
Teilplanzeile 01 – Steuern und ähnliche Abgaben –	in Höhe von 2.169.774,08 €

bzw. zahlungswirksame Wenigeraufwendungen

in Teilplan 0502 – Kommunale Leistungen nach dem SGB II -	
Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- in Höhe von	
114.796,42 €	
Teilplanzeile 16 – sonstige ordentl. Aufwendungen -	in Höhe von 3.601.647,09 €
in Teilplan 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit -	
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 1.131.059,65 €
in Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft -	
Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen -	in Höhe von 7.583.208,27 €

Summe der Mehrerträge und Wenigeraufwendungen **17.737.915,27 €**

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister übernimmt im Anschluss wieder die Sitzungsleitung.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Ergänzender Planungsbeschluss für die Baumaßnahme des Ganztagsbereichs der Theodor-Heuss-Realschule, Euskirchener Str. 50, 50935 Köln wegen Kostensteigerung 3235/2012

Beschluss:

Der Rat beschließt die Fortführung der Planung für den Ganztagsbereich und beauftragt die Verwaltung die Umsetzung im Rahmen der Ganztagsoffensive Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben. Bei der Ausführung soll die geltende Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) angewandt werden.

Nach Kostenschätzung belaufen sich die Gesamtbaukosten für den erforderlichen Erweiterungsbau auf 3.550.100 €.

Der Planung ist das in beigefügter Raumlise (Anlage 1) aufgeführte und abgestimmte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus Vondelstr. 4-8, 50677 Köln
hier: Honorarkosten für rechtliche Beratung bei Prüfung und Abwicklung strittiger Baukostenforderungen
1058/2013**

Beschluss:

Der Rat ist damit einverstanden, dass die Comedia Colonia Theater gGmbH zur Deckung der Honorarkosten für rechtliche Beratung und mögliche Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Prüfung und Abwicklung strittiger Baurechnungen bei der Städtebauförderungsmaßnahme KinderKulturHaus einen Zuschuss bis max. 30.000 € erhält. Die Auszahlung erfolgt auf der Grundlage von Rechnungen der beauftragten Anwaltskanzleien.

Deckung steht im Teilplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Hj. 2013 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.3 Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB)
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
1407/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 3).

**10.4 Namensgebung Verknüpfungshaltestelle am Heumarkt; Heumarkt bzw. Kapitol
1444/2013**

I. Beschluss gemäß Verwaltungsvorschlag:

Der Rat beschließt der neuen Verknüpfungshaltestelle am Heumarkt einen kombinierten Namen zu geben. Sowohl die oberirdische als auch die unterirdische Teilhaltestelle erhalten die Benennung „Heumarkt / Kapitol“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und des Oberbürgermeisters **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Alternative 2:

Der Rat beschließt die neue Verknüpfungshaltestelle am Heumarkt „Heumarkt“ zu benennen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion pro Köln, der Fraktion Die Linke, sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) **zugestimmt**.

**10.5 Übertragung von Haushaltsermächtigungen ins nächste Haushaltsjahr
hier: Grundsatzregelung gem. § 22 Abs. 1 GemHVO NRW
1766/2013**

Beschluss:

Der Rat stimmt den Grundsätzen zur Übertragung von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2013
1799/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt gem. § 22 Abs. 4 GemHVO Kenntnis von den in den Anlagen dargestellten Übertragungen von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Vergabe des Etats "Feuerwehrtopf Förderkonzepte", Haushaltsjahre
2013/2014
1851/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die zur Vergabe des „Feuerwehrtopf Förderkonzepte“ entwickelten Kriterien zur Kenntnis und beschließt –vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013/2014 - für den Zeitraum 01. Januar 2013 bis 31. Dezember 2014 die unten angegebenen institutionellen Förderungen. Die Mittel zur Existenzsicherung der Theater i. H. v. 200.000 € sind in Teilergebnisplan 0416-Kulturförderung in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen bei der Position „Feuerwehrtopf Förderkonzepte“ veranschlagt.

Theater der Keller e. V.	90.000,- €/jährlich
Horizont Theater e. V	40.000,- €/jährlich
Theater Tiefrot e. V.	34.000,- €/jährlich
Deutsch-griechisches Theater e. V.	26.000,- €/jährlich

Darüber hinaus beschließt der Rat eine Aufstockung des Betriebskostenzuschusses des Ensemblesnetzwerkes Freihandelszone e. V. zur Deckung zusätzlicher Mietkosten und Personal für Public Relation in Höhe von

10.000,- €/jährlich

auf insgesamt 93.000,- €

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

10.8 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hst. Gutenbergstraße 4604/2012

Beschluss:

Umsetzung der Bahnsteiganhebung inklusive zusätzlicher Zugänge

Der Rat stimmt einer weiteren **Kostenerhöhung** beim städtischen Finanzierungsanteil für die „Umrüstung der Stadtbahnlinie 5, Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße in Form von Seitenbahnsteigen“ über 554.540,00 € brutto zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Bahnsteiganhebung an der Haltestelle Gutenbergstraße **inklusive zusätzlicher Zugangsmöglichkeit am östlichen Ende der Stadtbahnhaltestelle.**

Der städtische Eigenanteil für die Stadtbahnbaumaßnahme bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen beträgt nunmehr für die „Umrüstung der Stadtbahnlinie 5, Neubau von Seitenbahnsteigen an der Haltestelle Gutenbergstraße“ 1.949.220,00 € statt 1.394.680,00 €

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei gleicher Finanzstelle in Höhe von 554.540,00 €, Hj. 2013.

Die Voraussetzungen der vorläufigen Haushaltssatzung gem. § 82 GO NRW sind erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr
2012/13
1471/2013****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVo) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung ohne Mittelfristplanung fest (Anlage 1).

Hinsichtlich der Mittelfristplanung nimmt der Rat zur Kenntnis, dass sich diese aus dem zeitgleich vorgelegten Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2013/14 ergibt.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass er am 15.05.2012 bereits die Verteilung des Betriebskostenzuschusses für den Spielbetrieb per Dringlichkeitsentscheidung (Vorlagen-Nr. 1496/2012) beschlossen hat. Von dem Betriebskostenzuschuss der Stadt in Höhe von 51.148,0 T€ entfallen 31.970,7 T€ auf die Sparte Oper (inkl. Bühnenservice), 18.477,3 T€ auf die Sparte Schauspiel (inkl. Bühnenservice) und 700 T€ sind für das Engagement von Tanzgastspielen vorgesehen. Über die Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten wurde ebenfalls bereits entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr
2013/14
1470/2013****Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln stellt gem. § 4 der Betriebssatzung in Verbindung mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2013/14 in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung fest.

Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 7,0 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Die Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln wird ermächtigt für die Zwischenfinanzierung der „Generalsanierung Offenbachplatz“, des „Produktionszentrums (Oskar-Jäger-Straße)“ und Sanierung des „Orchesterprobenraum (Stolberger Straße)“ Kredite in Höhe von insgesamt 128,45 Mio. € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

**10.11 Betrauung der SBK nach dem Almunia Paket
2097/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln betraut die Sozial-Betriebe-Köln gGmbH (SBK) mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe des anliegenden Betrauungsaktes. Die Verwaltung wird ermächtigt, gemäß dem Betrauungsakt Zuwendungen an die SBK zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Resolution zur Abgeltung der Folgewirkungen von Aufbrüchen im Straßenland (Erschwernisentgelt)
2041/2013**

Beschluss:

Der Rat kommt der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 06.06.2013 nach und beschließt:

Die Landesregierung wird gebeten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass klare Regelungen zur Zulässigkeit eines zusätzlichen Erschwernisentgelts für die Abgeltung der Folgewirkungen von Straßenaufbrüchen in das Konzessionsabgabenrecht, insbesondere durch Änderung der KAV und der KAE, aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.13 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen 1916/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Neufassung der „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen“ vom 10.07.2012 in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Neufassung beinhaltet zwei zusätzliche Einkommensstufen bei den Beitragstabellen und tritt zum 01.08.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.14 Sanierung Orchesterprobenzentrum Stolberger Straße hier: Vorlage der reduzierten Entwurfsplanung 1634/2013

Beschluss:

1. Der Rat hat am 18.12.2012 den Baubeschluss für die „Sanierung und akustische Optimierung des Orchesterprobenzentrums Stolberger Str.“ gefasst und die Verwaltung beauftragt, die Gesamtkosten zu reduzieren und in der Planung die Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes umzusetzen.

Durch Verzicht und Umplanungen unter weitestgehender Umsetzung der Rechnungsprüfungsamtsempfehlungen wurden mit der vorliegenden Planung nun die Gesamtprojektkosten ausgehend von 3,14 Mio. Euro um rund 367.000 Euro reduziert.

2. Der Rat beauftragt nun die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln auf der Grundlage der überarbeiteten vorgelegten Entwurfsplanung mit der Ausführung des Projekts.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Architekten aufgrund der Entwurfsplanung die Bruttogesamtbaukosten (Kostengruppe 200 – 700) für diese Maßnahmen mit rund 2.678.000,- Euro berechnet haben. Hinzu kommen ca.

95.000,- Euro Interimskosten, was zu Gesamtprojektkosten in Höhe von 2.773.000,- Euro führt.

Die in der Bauphase benötigten Mittel werden in den Wirtschaftsplänen der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahmen finanziert. Der Betriebskostenzuschuss der Bühnen wird gemäß der beiliegenden Berechnung „Auswirkungen auf den Betriebskostenzuschuss“ per anno zur Finanzierung von Zins und Tilgung erhöht. Durchschnittlich erfolgt eine Erhöhung um rd. 161.000,- Euro per anno. In diesen Berechnungen sind die erwarteten Mehreinnahmen aus Fremdvermietungen berücksichtigt.

Die jährliche Betriebskostenzuschusszuweisung hat sich damit von ursprünglich zum Beschluss gestellten 186.000,- Euro auf rd. 161.000,- Euro und damit um rund 25.000,- Euro reduziert.

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die vollständige Umsetzung der „Variante 2“ der Machbarkeitsstudie nach einer Kostenschätzung zu Gesamtprojektkosten von rund 3,5 Mio. Euro geführt hätte.

4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch den Umplanungsbeschluss das bauliche Ergebnis verändert und die Sanierungsempfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes umgesetzt wurden. Es ist zu einer Umverteilung der Sanierungsmittel dahingehend gekommen, dass die Außenhülle des Gebäudes gesichert wird und damit die Einbauten im Innenraum nachhaltig geschützt werden.
5. Um die Vermietung des Orchesterprobenzentrums an Dritte zu optimieren, wird die Betriebsleitung der Bühnen beauftragt, eine Gebührensatzung für die Nutzung des dann sanierten Orchesterprobenzentrums auszuarbeiten und dem Rat sowie vorberatend dem Betriebsausschuss Bühnen zu gegebener Zeit zum Beschluss vorzulegen.
Der Rat nimmt zur Kenntnis dass durch die Vermietung der Leerzeiten an Dritte Einnahmen in Höhe von rund 8.000,- Euro per anno zusätzlich erwirtschaftet werden können.
Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass durch die Reduzierung des Sanierungsumfanges im Innenausbau (u.a. keine vollständige Entkopplung des Saales) die Möglichkeiten der parallelen Stimmzimmernutzung und die der Fremdvermietung nicht voll ausgeschöpft werden können.
6. Der Rat nimmt neuerlich zur Kenntnis, dass die Sanierung der Bühnenwerkstätten als letzter Baustein zur Sanierung der Bühnen der Stadt Köln gehört. Für diese Maßnahme wird seit dem Jahr 2009 mit Kosten in Höhe von 9 Mio. Euro gerechnet. Anfang 2011 hat der Rat beschlossen, dass diese Summe reduziert werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.15 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014.

**Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.
2050/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013/2014, die in den HJ 2013 und 2014 veranschlagten Mittel für Interkulturelle Arbeit gemäß Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen wie folgt zu verwenden:

	<u>für 2013</u>	<u>für 2014</u>
I. Förderung der Interkulturellen Zentren	399.500 €	396.000 €
II. - Interkulturelles Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“	73.300 €	73.300 €
- Therapiezentrum für Folteropfer und	35.700 €	35.700 €
- Aktionsprogramm gegen Gewalt	49.600 €	49.600 €
III. Antirassismus-Training und „Menschen ohne Papiere“	10.000 €	10.000 €
	17.700 €	45.000 €
IV. Interkulturelle und Integrationsprojekte (entsprechend der Förderung in 2011 und 2012 aus der Kulturförderabgabe)	14.500 €	14.500 €
V. Auslaufende Förderung (nur in 2013)		
- Lotsenprojekt	23.000 €	0 €
- Interkulturelle Woche	15.000 €	0 €
Gesamt:	<u>638.300 €</u>	<u>624.100 €</u>

Hierzu beschließt der Rat für das Haushaltsjahr (HJ) 2013 die überplanmäßige Bereitstellung von zahlungswirksamen Aufwand in Höhe von 45.900 € im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Zur Kompensation der Mehraufwendungen in 2013 und zur Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität werden im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 0504 Mittel in Höhe von 45.900 € eingespart.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**10.16 Förderschule Lernen im Stadtbezirk Nippes
Auflösung der FLE Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln - Nippes, bei gleichzeitiger**

**Einrichtung eines Teilstandortes der FLE Leyendecker Str. , 50825 Köln-Ehrenfeld , im Gebäude Kretzerstr. zum 31.07.2014
1554/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die Auflösung der Nordparkschule, Förderschule Lernen Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes zum 31.07.2014.

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die Bildung eines Teilstandortes der Wilhelm-Leyendecker-Schule, Förderschule Lernen Leyendecker Straße 20-22, 50825 Köln Ehrenfeld am Standort Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes ab dem 01.08.2014.

Der Rat der Stadt Köln beschließt, die unbefristete, kommunale Stelle Schulsozialarbeit der Nordpark-Schule, Förderschule Lernen Kretzerstraße, für die Zeit des geplanten Überganges, in der die Förderschulkinder der Stufen 1-6 zunächst weiterhin im Teilstandort Kretzerstraße beschult werden sollen, zu belassen.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.17 Errichtung einer zweizügigen offenen Ganztagsgrundschule in Köln-Nippes am Standort Kretzerstr. 5-7, 50733 Köln zum Schuljahr 2014/15
1555/2013**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 82 Abs. 3 SchulG die Errichtung einer 2-zügigen Grundschule am Standort Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes zum 01.08.2014, beginnend mit dem Jahrgang 1.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW die Einführung des offenen Ganztages (§ 9 Abs. 3 SchulG) an der neu zu errichtenden Grundschule an dem Standort Kretzerstr.5-7, 50733 Köln, zum Schuljahr 2014/2015, mit der Maßgabe, dass die Landesmittel zur Förderung außerunterrichtlicher Angebote bereit gestellt werden und die Schulkonferenz sich für die Einführung des offenen Ganztages ausspricht.

3. Der Rat beschließt, ab dem Schuljahr 2014/2015 – vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 935 € je Platz bzw. 1.890 € je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischen Förderbedarf belegt – sukzessive insgesamt 140 OGS-Plätze für die an dem Standort Kretzerstr. 5-7 neu einzurichtende Grundschule bereit zu stellen. Diese zusätzlichen 140 OGS-Plätze sind Bestandteil der vom Rat am 30.04.2013 beschlossenen Aufstockung um 1.500 Plätze auf insgesamt 25.500 OGS-Plätze zum Schuljahr 2014/2015.“
4. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch die Bereitstellung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Dabei wurde den Berechnungen auch weiterhin eine aufgrund der prekären Finanzsituation der Stadt Köln zwingend notwendige per Ratsbeschluss vom 20.05.2010 (Vorlagen-Nr. 0804/2010) zunächst nur auf den Hpl 2010/2011 bezogene Reduzierung der zusätzlichen kommunalen Mittel um 5% zugrunde gelegt. Außerdem werden die seit 1.2.2011 für den Betrieb der offenen Ganztagschulen ausgeschütteten zusätzlichen Landesmittel weiterhin zur Kompensation des zusätzlichen kommunalen Anteils eingesetzt wie es der Ratsbeschluss vom 26.05.2011 vorsieht. Darüber hinaus wurde die vom Rat in seiner Sitzung am 30.04.2013 beschlossene weitere Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils an der Finanzierung der offenen Ganztagschule im Primarbereich um rd. 2,8% ab dem Schuljahr 2013/2014ff. berücksichtigt.

Im Haushaltsjahr 2014 beläuft sich der zusätzliche Zuschussbedarf auf insgesamt 31.294,- €. Ausgehend von einer OGS-Versorgungsquote von 70% stellt sich der Zuschussbedarf in den Folgejahren wie folgt dar:

2015:	110.034,- €
2016:	157.541,- €
2017:	204.987,- €
ab 2018ff.:	194.707,- €

Die Finanzierung der zusätzlichen OGS-Plätze erfolgt aus den im Haushaltsplan für die Jahre 2014ff. für die Einrichtung von zusätzlichen 1.500 OGS-Plätzen ab dem Schuljahr 2014/2015 bereits veranschlagten Mitteln.

5. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, das Bestimmungsverfahren gem. § 27 Abs. 1 SchulG durchzuführen und die Schulart der neuen Schule festzulegen, bevor die Elternanschriften zur Schulanmeldung zum Schuljahr 2014/15 verschickt werden.
6. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung noch vor dem Anmeldeverfahren, unter Berücksichtigung des Bestimmungsverfahrens zur Schulart, zum Schuljahr 2014/15 die erforderliche Genehmigung zur Errichtung der Grundschule bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.18 Förderschulen Lernen im Stadtbezirk Mülheim, Auflösung der FLE Holweider Str. (André-Thomkins-Schule)
1570/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 81 Abs. 3 SchulG die Auflösung der André-Thomkins-Schule, Förderschule Lernen Holweider Straße 2, 51065 Köln-Mülheim mit Ablauf des 31.07.2014.

Der Rat beschließt, dass der derzeitige Einsatz der unbefristet eingesetzten kommunalen Stelle Schulsozialarbeit an der André-Thomkins-Schule mit dem Zeitpunkt der Auflösung der Schule am 31.07.2014 endet. Die Entscheidung über den weiteren Einsatz dieser Stelle wird zu einem späteren Zeitpunkt getroffen, wenn über die Finanzierung der über das Bildungs- und Teilhabepaket befristet eingesetzten Stellen ab 01.08.2014 eine Entscheidung getroffen worden ist.

Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln sowie bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.19 Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums Köln
1617/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Einrichtung eines „Kommunalen Integrationszentrums Köln“ durch Zusammenlegung der bisherigen „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ und des „Interkulturellen Referates“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt gemäß § 7 des Gesetzes zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration des Landes *NRW*.

Vorbehaltlich der Erfüllung der Fördervoraussetzungen des Landes sowie der grundsätzlichen Genehmigung durch die zuständigen Ministerien und der Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde (Bezirksregierung Arnsberg) beschließt der Rat die Einrichtung von 1,5 Stellen zum Stellenplan 2015 (1 Stelle Verwaltungsfachkraft und

0,5 Stelle Assistenzkraft). Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2015 sind verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen zur Verfügung zu stellen. Die Freigabe der Stellen erfolgt befristet, in Abhängigkeit zur jährlich zu beantragenden Landesförderung.

Das „Kommunale Integrationszentrum Köln“ wird organisatorisch beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt - Punktdienststelle „Diversity“ (5001) als eigenständige Abteilung (5001/1) angebunden.

Die Verwaltung wird beauftragt, das bereits in Gang gesetzte Antragsverfahren (Antragstellung beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales sowie beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW) unverzüglich fortzusetzen, damit ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Stadt ein entsprechender Antrag auf Förderung dieses „Kommunalen Integrationszentrums“ beim Land NRW aufgrund der dort formulierten Rahmenbedingungen Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

10.20 Fortführung Bundesprogramm "Berufsbezogene Sprachförderung" in 2014 und 2015 1760/2013

Beschluss:

Der Rat erteilt auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010 der Verwaltung folgenden Auftrag:

- In Ergänzung der Beauftragung beschließt der Rat zur Durchführung der drittmittelfinanzierten Sprachfördermaßnahmen, die noch in 2013 beginnen und folglich (nach in der Regel 6-monatiger Laufzeit) erst in 2014 enden, die Fortführung der drittmittelfinanzierten Planstellen im bisher genehmigten Umfang.
- Unter dem Vorbehalt einer schriftlichen Zusage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales über die Fortführung der Sprachfördermaßnahmen unter den Bedingungen der bisherigen Fördermaßnahme beauftragt der Rat die Verwaltung, die oben genannten Maßnahmen ab dem 01.01.2014 für den Verlängerungszeitraum weiter durchzuführen, d.h. längstens bis 31.12.2015.

Der Rat beschließt daher befristet für die Zeit vom 01.01.2014 bis längstens 31.12.2015 die Verlängerung der bereits eingerichteten drittmittelfinanzierter Planstellen im bisherigen Umfang und zu den bestehenden Konditionen.

Der Höchstförderbetrag für die Personalkosten richtet sich nach TVöD Bund.

Die Stellenanzahl basiert auf dem Bedarf bei einem realistisch durchführbaren Kursvolumen, richtet sich aber abschließend nach den konkreten Erfordernissen und wird entsprechend dem tatsächlichen Bedarf mit Personal besetzt.

Die Deckung der noch nicht veranschlagten Personalaufwendungen im Teilplan 0414, Volkshochschule, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 637.650 € erfolgt wie bisher durch Mehrerträge über Drittmittel aus der Durchführung von Projekten in gleicher Höhe im Teilplan 0414, Volkshochschule, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen. Mögliche Fehlbeträge werden aus dem Dezernatsbudget gedeckt.

Die Stellen werden wie bisher grundsätzlich extern besetzt, um sicherzustellen, dass eine vollständige Refinanzierung der Personalkosten auf der Grundlage der Fördersätze erfolgt. Der Einsatz von städtischem Personal ist jedoch nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Der von der Volkshochschule zu erbringende jährliche Eigenanteil von 125.827 € erfolgt durch die Bereitstellung von Sachmitteln (Bereitstellung vorhandener Büro- und Seminarräume) für das o.g. Projekt im Zeitraum vom 01.1.2014 bis 31.12.2015. Die erforderlichen Mittel sind bereits in der HPL-Veranschlagung 2014 und in der Finanzplanung für das Jahr 2015 enthalten.

Die noch nicht veranschlagten Sachaufwendungen im Teilplan 0414, Teilplanzeilen 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von jährlich 184.784 € für die Durchführung der jeweiligen Schulungsmaßnahmen sind als Mehraufwendungen bereitzustellen, sobald entsprechende zweckgebundene Mehrerträge in gleicher Höhe im gleichen Teilplan, Teilplanzeile 02, Zuwendungen und allgemeine Umlagen vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.21 Stadtwerke Köln GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrags 3799/2012

Beschluss:

Der Rat erklärt sich mit der als Anlage 1 beigefügten Neufassung von § 3 des Gesellschaftsvertrags der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) einverstanden und beauftragt die Vertreterin bzw. den Vertreter des Gesellschafters Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der SWK, entsprechend zu votieren.

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sonstigen

Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.22 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2011 - Beteiligungsbericht 2011 - 2245/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.23 Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum 2078/2013

Beschluss:

Der Rat stimmt dem als Anlage beigefügten Entwurf einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zur Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland bei der Errichtung und dem Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum zu. Er beauftragt die Verwaltung, diese Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Rheinland zu schließen.

Die sich aus dieser Rahmenvereinbarung ergebenden weiteren Vereinbarungen und Nutzungsverträge sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, soweit es sich nicht um einfache Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt bzw. sie nicht der Organisationsgewalt des Oberbürgermeisters unterliegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion und der Ratsmitglieder Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Moratorium für das Projekt "Jüdisches Museum" auf dem Rathausvorplatz"
AN/0861/2013

behandelt.

**10.24 Abriss und Neubau einer Grundschule, Fühlinger Weg 7, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler
Baubeschluss
2967/2012/1**

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Abriss der bestehenden Schulgebäude und den Neubau einer Grundschule in Köln-Volkhoven/Weiler, Fühlinger Weg 7 nach

EnEV 2009 mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) in Höhe von brutto ca. 12.800.000 €

und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i. H. v. 1.228.500 € sind ab 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.25 Neubau Hilde-Domin-Schule, Schule für Kranke, Florentine-Eichler-Str.,
51067 Köln-Holweide
3563/2012**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufnahme der Planung zum Neubau der Hilde-Domin-Schule, Schule für Kranke, auf dem Grundstück Florentine-Eichler-Strasse, 51067 Köln-Holweide nach

"Kölner-Standard" mit Gesamtkosten (incl. Einrichtung)
In Höhe von brutto ca. 4.539.000 €

nach gesicherter Finanzierung.

Der Rat beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der beigefügten Raumliste aufgeführte Raumprogramm für ca. 75 Schüler/Innen zugrunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig. Sollten sich im weiteren Planungsverlauf deutliche Kostensteigerungen ergeben, ist ein erneuter Beschluss erforderlich.

Es ist beabsichtigt den Schulneubau mit Generalunternehmer zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.26 GTS Erweiterung Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln Baubeschluss 0642/2013

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die GTS-Erweiterung des Apostelgymnasiums in Köln, Biggestr. 2 nach

ENEV 2009 mit Gesamtkosten (incl. Einrichtung) in Höhe von brutto ca. 5.096.800 €

und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung durch einen Generalunternehmer.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten incl. NK und Reinigung i. H. v. 361.100 €/a sind ab dem HJ 2016 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.27 Erweiterungsbau mit Kammermusiksaal für das Humboldtgynasium
Kartäuserwall 40 in 50678 Köln-Altstadt/Süd
Baubeschluss
1426/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 3).

**10.28 Neubau einer Ganztagsweiterung für die Johann-Bendel-Realschule,
Danzierstr. 146 a, 51063 Köln- Mülheim
Weiterplanungsbeschluss
1569/2013**

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Vorentwurf und die Kostenschätzung für die Errichtung einer Ganztagsweiterung für die Johann-Bendel-Realschule, Danzierstr. 146 a, 51063 Köln- Mülheim nach

EnEV 2009 mit Gesamtkosten in Höhe von ca. **4.926.800 €**brutto
(inkl. 145.000,- € Einrichtungskosten)

und beauftragt die Verwaltung mit der Weiterplanung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten i. H. v. 502.400 € sind ab 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.29 Beendigung der Beteiligung von moderne stadt an den Krankenhausgesellschaften
2342/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH die Gesellschaftsverträge der Rheinhafen Südliches Krankenhaus GmbH & Co. KG und der Rheinhafen Südliches Krankenhaus Verwaltungsgesellschaft mbH zum 31.12.2013 kündigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.30 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Geschwister-Scholl-Realschule Gravenreuthstr.10, 50823 Köln Baubeschluss 0050/2013

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung einer Ganztageserweiterung für die Realschule Gravenreuthstr.10, 50823 Köln nach **EnEV 2009** mit Gesamtkosten (inkl. Einrichtung) in Höhe von ca. **4.867.100 €brutto** und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten incl. NK und Reinigung i. H. v. 411.400 €/a sind ab dem HJ 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

10.31 GT-Erweiterung Heinrich-Mann-Gymnasium, Fühlinger Weg 4, 50765 Köln-Volkhoven/Weiler Baubeschluss 0751/2013

Beschluss gemäß Alternative 2:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für den Neubau der Ganztageserweiterung und den Umbau im Bestand in Köln-Volkhoven/Weiler, Fühlinger Weg 4, nach

Passivhaus-Standard mit Gesamtkosten i. H. v. ca. 9.702.300,- € brutto
(Neubau 8.738.800 + Umbau 520.400 € + Einrichtung 443.100 €)

und beauftragt die Verwaltung mit der Umplanung, Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten incl. NK und Reinigung i. H. v. 666.000 €/a sind ab dem HJ 2017 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.32 Eifelwall, Neubau Hist. Archiv und Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv 2260/2013

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Flächenstudie für den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv ohne Kunst- und Museumsbibliothek auf dem Grundstück Eifelwall mit Erstellung der Entwurfsplanung. Der aus dieser Entwurfsplanung resultierende Baubeschluss wird dem Rat gesondert zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die geschätzten Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 76,3 Mio. Euro

Der Rat beauftragt die Verwaltung weiterhin, die in der Vorlage aufgeführten Einsparpotentiale im weiteren Planungsprozess umzusetzen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt aus dem Wirtschafts- und Erfolgsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Kooperation KMB mit Partnern:

Der Rat begrüßt das Kooperationsangebot der Universität zu Köln und beauftragt die Verwaltung, auf Basis des vom Rektorat der Universität zu Köln vorgelegten Angebotes zur Zusammenarbeit eine Rahmenvereinbarung zur wissenschaftlichen und administrativen Kooperation auszuarbeiten. Ziel ist es, das Leistungsangebot zu steigern und Synergieeffekte zu realisieren. Auf dieser Grundlage ist dem Rat eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Die mit Unterstützung der Landesebene gesetzten Impulse zur Entwicklung der Kooperationsbeziehungen sollen fortgeführt werden, die Gewinnung weiterer Kooperationspartner ausgelotet und an den Rat berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie mit den Stimmen von Ratsmitglied Henseler(Freie Wähler Köln) und des Oberbürgermeisters zugestimmt.

Anmerkungen:

- Diese Angelegenheit wurde vorgezogen und als Punkt 10.0 behandelt. Sie wird wegen Zuordnungsproblemen allerdings unter dem ursprünglichen Punkt 10.32 in der Tagesordnung dargestellt.
- Ratsmitglied Schöppe verlässt die Sitzung nach der Behandlung dieses Punktes endgültig.

10.33 Einbringung des Clouth-Geländes in die moderne Stadtgesellschaft zur Förderung des Städtebaus und der Gemeindeentwicklung mbH 2021/2013

hier: Öffentliche Aussprache

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0983/2013**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
AN/0980/2013
(zugesetzt)**

Soweit die Angelegenheit nicht vertraulich zu behandeln ist, findet eine Aussprache im öffentlichen Teil der Sitzung statt. Die Verhandlung und Abstimmung der Vorlage wird darüber hinaus im nicht öffentlichen Teil der Sitzung unter dem Punkt 24.5 fortgesetzt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

11.1 173. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-

**Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven
hier: Feststellungsbeschluss
2015/2013**

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 173. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 173. Änderung des FNP —Arbeitstitel: "Norderweiterung der Industrieflächen des Airport-Business-Parks" in Köln-Porz-Gremberghoven— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**11.2 188. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt
Arbeitstitel: "Rheinparkhallen/Staatenhaus" in Köln-Deutz
hier: Feststellungsbeschluss
2016/2013**

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 188. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 185. Änderung des FNP —Arbeitstitel: "Rheinparkhallen/Staatenhaus" in Köln-Deutz— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

11.3 185. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 1, Köln-Innenstadt
Arbeitstitel: "Messe City" in Köln-Deutz
hier: Feststellungsbeschluss
2013/2013

Beschluss:

Der Rat

1. stellt fest, dass gegen die 185. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) von den Trägern öffentlicher Belange sowie Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. stellt die 185. Änderung des FNP —Arbeitstitel: "MesseCity" in Köln-Deutz— mit der gemäß § 5 Absatz 5 Baugesetzbuch als Anlage beigefügten Begründung fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02
Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz
1204/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 75395/02 für das Gebiet zwischen der Siemensstraße, der Ohmstraße, der Wattstraße und einem Bereich östlich der Planckstraße in Köln-Porz —Arbeitstitel: Hertzstraße in Köln-Porz— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 75395/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 75395/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden

Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04
Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf
1349/2013**

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 11.07.2013:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 für das Gebiet zwischen dem Stüttgerhofweg im Osten, der Willi-Lauf-Allee im Süden, dem Friedhof im Westen und der vorhandenen Bebauung im südlichen Abschnitt des Donauweges im Norden in Köln-Junkersdorf —Arbeitstitel: Willi-Lauf-Allee in Köln-Junkersdorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 60439/04 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 60439/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Dies erfolgt mit der Maßgabe, dass die Priorisierung der Willi-Lauf-Allee als Verkehrserschließung durch geeignete bauliche Maßnahmen sichergestellt wird.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, verkehrliche Maßnahmen für den Bereich in der Verlängerung des Gertrudenhofweges zu entwickeln, beispielsweise durch die Ausweisung als Einbahnstraße, mit dem Ziel einer Verkehrsberuhigung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.3 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05
Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf 1456/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 68360/05 für das Gebiet zwischen Claudiusstraße, Giesdorfer Allee, Kiesgrubenweg, Bundesautobahn (BAB)-Anschlussstelle Rodenkirchen, BAB 555 und der Grundstücksgrenze nördlich des Wendehammers der Lambertstraße in Köln-Immendorf —Arbeitstitel: Gewerbegebiet östlich Claudiusstraße in Köln-Immendorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 68360/05 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 68360/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.4 Beschluss über die Einleitung sowie Satzungsbeschluss betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04
Arbeitstitel: Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof 1806/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. den Bebauungsplan 6250/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für das Gebiet westlich der Rita-Maiburg-Straße, nördlich der Bebauung an der Roald-Amundsen-Straße, östlich des bebauten Grundstücks an der KVB-Trasse und Verlängerung der Käthe-Paulus-Straße in Köln-Ossendorf —Arbeitstitel:

Gewerbe- und Medienpark Ossendorf in Köln-Ossendorf, 5. Änderung Spielplatz Butzweilerhof— zu ändern;

2. die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 6250/04 nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 7048/02 Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße in Köln-Mülheim 2226/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 7048/02 für das Gebiet betreffend die Grundstücke auf der westlichen Seite der Berliner Straße von Hausnummern 1 bis 61, von der Straße Clevischer Ring bis zur Von-Sparr-Straße —Arbeitstitel: Stadtteilzentrum Berliner Straße in Köln-Mülheim— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen

**13.1 Aufhebung des Durchführungsplanes A Nummer 75439/02 (Teilaufhebung)
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Am Ziegelfeld in Köln-Rath/Heumar
1960/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Durchführungsplanes A Nummer 75439/02 (Teilaufhebung) für das Gebiet, gekennzeichnet durch die Buchstaben A bis F zwischen der Rösrather Straße, den hinteren Parzellengrenzen der Grundstücke An der Ortskaule Nummern 1 bis 13 und in dieser Verlängerung circa 50 m über der Fuß- und Radweg hinaus ins freie Feld, einer sich an heute nicht mehr existierender Flurgrenzen orientierenden Linie ostwärts mit wechselnden Entfernungen zum Fuß- und Radweg und der Straße Am Burgacker sowie der Lützerathstraße in Köln-Rath/Heumar —Arbeitstitel: Am Ziegelfeld in Köln-Rath/Heumar— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

**16.1 232. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1445/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 232. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

**16.2 233. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1894/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 233. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

17 Wahlen

**17.1 MÜLHEIM 2020
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Veedelsbeirat
1648/2013**

Beschluss gemäß Empfehlung der Bezirksvertretung 9 (Mülheim) aus ihrer Sitzung am 08.07.2013:

Der Rat wählt auf Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim in der Nachfolge von Herrn Michael Zimmermann folgende Person als stellvertretendes Mitglied für die SPD in den Veedelsbeirat MÜLHEIM 2020:

Herrn Karl Heinz Frebel

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.2 Neuwahl eines Stellvertreters für den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde
1793/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln wählt als Nachfolger für das stellvertretende Beiratsmitglied Frau Judith Langer auf Vorschlag der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V.

- a) Frau Angelika Burauen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.3 Nachbesetzungen im Unterausschuss Ganztage
1825/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt, künftig als Vertreter/-innen der Kölner LIGA der Wohlfahrtsverbände Frau Silvia Empacher von der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V. und Frau Sibylle Klings von IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit Köln e.V. als Mitglieder in den Unterausschuss Ganztage zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Neuwahl eines Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
AN/0954/2013**

Beschluss:

Der Rat benennt anstelle des zum 18.07.2013 ausgeschiedenen Ratsmitglieds, Frau Gaby Schlitt, nun Frau **Svenja Rabenstein** als sachkundige Bürgerin im Jugendhilfeausschuss.

Der Rat benennt das Ratsmitglied, Herrn **Lino Hammer**, als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Herr Hammer ist Stellvertreter für Frau Rabenstein. Das Ratsmitglied Stefan Peil scheidet durch die Wahl von Herrn Hammer als bisheriger Stellvertreter aus dem Jugendhilfeausschuss aus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Neubenennung eines stellvertretenden Vorsitzenden im Wirtschaftsausschuss
AN/0966/2013**

Beschluss:

Die CDU-Fraktion benennt nach § 58 Abs. 5 Satz 5 i. V. m. Satz 6 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen anstelle von Herrn Herbert Gey

Herrn **Klaus Koke**

zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses.

Der Rat der Stadt Köln nimmt dies zur Kenntnis.

**17.6 Benennung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner für die Ausschüsse des Rates
2364/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, gemäß § 58 Absatz 4 GO in Verbindung mit § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung, Frau Felicitas Vorpahl-Allweins als Stellvertreterin im Verhinderungsfall von Frau Edith Marschall als sachkundige Einwohnerin für die Seniorenvertretung der Stadt Köln in den Ausschuss für Soziales und Senioren zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.7 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde
AN/0941/2013**

Beschluss:

Herr Thorsten Stöckert hat sein Amt als Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Anregungen und Beschwerde niedergelegt.

Der Rat wählt daher auf Vorschlag der FDP-Fraktion als Nachfolger Herrn **Stephan Wieneritsch**, wohnhaft Thürmchenswall 29, 50668 Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.8 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung eines Stellvertretenden Sachkundigen Einwohner im
Jugendhilfeausschuss
AN/0976/2013**

Beschluss:

Der Rat wählt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als neuen Stellvertretenden Sachkundigen Einwohner von Paul Spörl, **Herrn Fardad Hooghoughi**, wohnhaft Robert-Schuman-Str.2-4, 51109 Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.9 Antrag der Fraktion Die Linke.
hier: Benennung eines Mitglieds mit beratender Stimme für den Ver-
kehrsausschuss
AN/0973/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln benennt auf Vorschlag der Fraktion Die Linke. an Stelle von Herrn Hans Peter Arenz das Ratsmitglied **Frau Gisela Stahlhofen** als Mitglied mit beratender Stimme für den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18.1 Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel an alle städtischen Schulen für das Schuljahr 2013/2014 mit einseitiger städtischer Wahrnehmungsoption für die drei Folgeschuljahre 2175/2013

Beschluss:

Der Rat genehmigt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW die nachstehende Dringlichkeitsentscheidung des Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschaffung und Lieferung der freien Lernmittel an alle städtischen Schulen für das Schuljahr 2013/2014 sowie optional für die drei Folgeschuljahre an die 25 Buchhandlungen, die im Zuge der europaweiten Ausschreibung ausgelost wurden, zu vergeben.

Köln, den 02.07.2013

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Ulrich Breite
Ratsmitglied

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Punkt 3.1.4 bis Punkt 9